

Ercheint täglich
mittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 50 s. 1/2jährlich 1.00 s.
annuus frei ins Haus. Durch
den Post bezogen 1.65 s.
„Die Neue Welt“
Unterhaltungsbeilage, durch
den Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 s. 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißeneis-Bez.,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 70.

Halle a. S., Donnerstag, den 24. März 1898

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

24. März. Die schleswig-holsteinische Deputation hatte in Kopenhagen unter Führling der dänischen Bevölkerung zu leben. Sie war daher im Begriff, sich unverzüglicher Sache zur Wiedereinlösung zu befleißigen. Da wurde ihnen auf das Schick ein Schreiben des Königs gebracht. Es waren darin für Holstein alle Wünsche genehmigt. Dagegen wollte der König die unermessliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung befähigen. Daneben war angebrocht, daß Kopenhagener mit aller Macht unterbunden werden würden. — Das in Schleswig-Beitrag der Laufstrecke bereits ausgeprochen, war in Kopenhagen noch nicht bekannt. Am 24. riefen die aus Kiel mit der Eisenbahn angelangten Jäger in die Stellung Kopenhagener ein, wo auch die schleswig-holsteinische provisorische Regierung ihren Sitz nahm. Die Bewegung breitete sich mit Blitzgeschwindigkeit in beiden Herzogtümern aus. Die in Schleswig-Beitrag lebenden Truppenteile gingen mit wenigen Ausnahmen ganz auf eine feindselige Stellung gegen die Herzogtümer gewonnen worden sei, daß die genannten König die Regierung vollständig übernehmen haben und daß die Regierung zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes gegen dänische Übergriffe und zur Aufrechterhaltung der Rechte des dänischen Königs auf die Herzogtümer in dessen Namen geführt werden solle.

Eine Deputation von Polen aus dem Großherzogtum Posen erschien in Berlin, um eine nationale Reorganisation des Großherzogtums unter dem Schutze des Königs zu erbitten. Die Regierung versprach, die Wünsche der Polen zu erfüllen und bildete eine Reorganisationskommission, aus Deutschen und Polen zusammengesetzt.

Italien. Von allen Seiten strömten beglückte Freischaren nach dem Ro. Auch in Sizilien wuchs die nationale Bewegung zum Aufstand. Am 24. überquerten einige Truppenteile aus Sizilien die Grenze.

Die Gemeinderatswahlen

find in den Ortsgemeinden unserer Umgegend, mit Ausnahme von Kietleben und Döllau, beendet, und es ist angebracht, über die Bedeutung und die Signatur derselben einige Betrachtungen anzustellen.

Nach nicht allzu langer ist es her, seit die sozialdemokratische Partei den Beschluß gefaßt hat, sich in den kommunalen Wahlen zu beteiligen. Es war auf dem Parteitag in Halle, im Jahre 1890, wofür ein Antrag folgenden Wortlaut angenommen wurde:

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da wo Erfolge — und seien dieselben auch nur propagandistischer Art — in Aussicht stehen, in die Wahlaktion einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder Gemeinderatswahlen.

Die Zeit während des Sozialistengesetzes gestattete eine Beteiligung unserer Partei nur in sehr beschränktem Maße. Die Genossen hatten ihre ganze Kraft zur Aktion für den Reichstag und die Eingangslandtage, sowie ferner zur Abwehr der politischen und gerichtlichen Maßregeln, die infolge des Ausnahmegesetzes maßhaft über die einzelnen Genossen herabzukaufen, zu verwenden. — Die Dreifachwahl in Preußen mit der öffentlichen Stimmabgabe gestattete gleichfalls eine Beteiligung an den Gemeinderatswahlen nicht, wenn die Befrage großer politischer Verfolgungen verniedert werden sollte.

Auch die Kandidatenfrage war eine schwierige. Die Genossen, die als Kandidaten eventuell in Betracht kamen, waren auszuwählen, ein Teil der Nichtausgewiesenen hatten sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Es fehlte deshalb an geeigneten Personen, die mit dem nötigen Geschick und der zielbewußten Energie ein Gemeinderatsmandat ausüben konnten.

Als nun das Sozialistengesetz 1890 fiel und damit viele Schranken, die zur Nichtbeteiligung während der Dauer des Ausnahmegesetzes bezogen, in Wegfall kamen, widmete die Partei auch dieser Art der Propaganda ihre Aufmerksamkeit und das facta war obiger Parteibeschluß. Man war sich auch vollständig klar darüber, daß durch eine Beteiligung an den kommunalen Wahlen nicht etwa allzu Großes erwartet werden dürfe, da die kommunalen Zustände doch immer nur auf den einzelnen Ort sich konzentrierten, aber gleichzeitig erforderten die allgemeinen sozialen Verhältnisse, wie Volkszahl, Wohnungsfrage, hygienische Zustände u. s. w. fast geistiger eine Tätigkeit unsererseits heraus, wenn dies auch vorläufig nur durch die Kritik der einzelnen Mängel gehen konnte.

Die Wichtigkeit der Wahlgesetze zu den kommunalen Wahlen in den verschiedenen Einzelstaaten erforderte nun je nachdem eine entsprechende Taktik. In einzelnen Ländern, wie z. B. in Sachsen, die Wahl geheim, in Preußen ist öffentliche Stimmabgabe vorgeschrieben, u. s. w. In diesem Sinne bedingt man mehr Einkommen, in jenem wieder weniger, um wählen zu können. Kurz, es mußte je nach dem einzelnen Staaten die Taktik geändert werden. In Preußen stieß die Beteiligung an den kommunalen Wahlen

im Anfange infolge der öffentlichen Stimmabgabe auf große Schwierigkeiten. Jedoch bewiesen gerade die Resultate in unseren Nachbargemeinden, daß die öffentliche Stimmabgabe, je ausgebehrter dieselbe vorgenommen wird, vollständig an Furcht verliert.

So hat sich denn in den letzten Jahren in ganz Deutschland die Sozialdemokratie mit ziemlich gutem Erfolge an den kommunalen Wahlen beteiligt. In einer großen Anzahl von Städten und Landgemeinden ist unsere Partei in den kommunalen Körperschaften vertreten, allüberall hat sie sich planmäßig und zielbewußt der Aufgabe unterzogen, auch in städtischer bzw. ländlicher Verwaltung so viel wie nur irgend möglich für die Interessen der arbeitenden Klasse herauszukämpfen.

Betrachten wir nun die Resultate der Gemeinderatswahlen in unteren Nachbargemeinden Trotha, Giebichenstein und Ammendorf — Cröllwitz kommt nicht in Anrechnung, da uns dabeist der Sieg eben nur durch die Benutzung der Abhängigkeit der Arbeiter in der Cröllwitzer Papierfabrik zur Unmöglichkeit wurde —, so finden wir überall eine rapide Stimmzunahme. Selbst in dem nahen Giebichenstein, in dem zwar sehr viele Arbeiter wohnen, hatte man sich trotzdem eine so starke Stimmzunahme nicht vorgestellt. Unsere Stimmzahl hat sich um rund 50 Prozent vermehrt. Von 314 Stimmen im Jahre 1896 sind sie auf 470 Stimmen bei der letzten Wahl emporgeschwunden. Und dies, obwohl eine Wahlbeteiligung von nur 35 Prozent gegenüber 40 Prozent von vor zwei Jahren zu verzeichnen war. Ferner kam in Betracht, daß diesmal eine Abgrenzung in Wahlbezirke vorgenommen war, die bei der 98er Wahl nicht bestand. Diese Abgrenzung war durchaus nicht dazu angethan, um unsere Position zu verbessern, da eben die Straßen, die dem östlichen Bezirk zugeteilt waren, meist wenig Wähler für uns aufwiesen, während bei dem westlichen Bezirk das Gegenteil der Fall war. Man rechnete zwar auf einen Sieg im ersten Bezirk, gab sich jedoch bezüglich eines Sieges im ersten Bezirk nicht allzu großer Hoffnung hin. Und trotzdem ein so erfreuliches Ergebnis.

In Trotha gab man sich zwar bei der Wahl vor zwei Jahren wenig Mühe, um eine größere Stimmzahl auf unsere Kandidaten zu vereinigen, denn es waren damals bloß 15 Stimmen für uns gefällig, während die diesmalige Wahl 135 Stimmen für unsere Kandidaten ergab. Der Stimmzuwachs ist deshalb ein ungeheurer, und würde, wenn man ihn nach Prozenten ausrechnete, 800 Prozent betragen.

Einen großen Zuwachs hatte auch Ammendorf zu verzeichnen. Vor zwei Jahren erhielten wir 20 Stimmen, bei der diesmaligen Wahl 52 Stimmen, mithin ein Mehr von rund 150 Prozent.

In Giebichenstein sowohl wie in Ammendorf siegten wir gleich im ersten Ansturm, während in Trotha erst Siegnach nötig war.

Zugewonnen an Stimmzahl hat Cröllwitz ebenfalls ganz beträchtlich, und würde sich auch da der Sieg an unsere Fahnen gesetzt haben, wenn nicht die schon geschilderten Zustände dies einfach unmöglich machten.

Es wird nun die Frage aufzuwerfen sein: **Warum sind wir in Halle unterlegen und in den Landgemeinden zu diesen Siegen gelangt?** Die Antwort darauf ist sehr mannigfaltig.

Zunächst kommt in Betracht, daß die Landgemeindeführung gegenüber der Städteordnung die Zugehörigkeit zum preussischen Unterthanenverband nicht als Bedingung zur Wahlberechtigung vorschreibt. Nach der Landgemeindeführung kann jeder Sachse, Bauer, Badener u. s. w. das Gemeindevortrecht ausüben, während derselbe Sachse, Bauer u. s. w. in den Städten erst die preussische Staatsangehörigkeit erwerben muß, um wahlberechtigt zu sein. Da nun bekanntlich die Arbeitererschaft einer großen Industriekabine wie Halle sich aus Angehörigen aller Herren Länder zusammensetzt, — dank der Humanität unserer Unternehmerrats, die die Arbeiter nur selten an einer Arbeitsstelle beläßt — ist es selbstverständlich, daß ein großer Teil die preussische Staatsangehörigkeit nicht besitzt und infolgedessen in der Städteordnung nicht wahlberechtigt ist. Diese Bestimmung der Städteordnung hält schon einen Teil der Arbeiter von den Wahlen in den Städten fern. Doch ist dies nicht der Hauptgrund unserer Erfolglosigkeit bezüglich etwaiger Mandate.

Die Stärke unserer Gegner in den Städten ist gleichfalls ein nicht zu unterschätzendes Factum, ferner die Hilfsmittel, die diesen zur Verfügung stehen, um sämtliche Wähler heran zu ziehen. Die letzte Wahl im November vor 33. zeigte uns die Thatsache, daß alle die abhängigen kleinen Beamten der Post, der Eisenbahn, der städtischen Verwaltung u. s. w. von den Gegnern herangezogen wurden zum dem Bewußtsein, daß diese einen Sozialdemokraten öffentlich nicht wählen können und infolgedessen den Gegnern

wählen müssen. Unter dieser Kalamität litten die Gemeinderatswahlen in unserer Umgegend nicht.

Die dreitägige Wahl war ferner nicht im mindesten geeignet, unsere Position zu verstärken. Während unsere Gegner ihre Wähler zu jeder Tageszeit heranziehen konnten, war unsere Tätigkeit in der Hauptstadt auf den Mittagsbeschränkt. Dies traf bei den Gemeinderatswahlen nicht zu; allerdings mußten die Wähler fast alle schon zu Beginn der Wahlhandlung in Saale anwesend sein, was bei der Stadtverordnetenwahl nicht nötig ist, da hier das Ende der Wahlzeit bekannt ist.

Endlich, und darin dürfte der Hauptpunkt zu liegen sein, ist in Betracht zu ziehen, das Bestreben der Arbeitererschaft, außerhalb der Stadt, in den Vororten, zu wohnen, da die hohen Mieten in Mitte der Stadt fast unerträglich sind. Infolgedessen verliert die Partei bei den Wahlen in der Stadt an Wählerzahl, während die Landgemeinden dadurch gewinnen und eine große Wählerzahl durch diesen Ueberbesetzungszug eine naturgemäße Folge ist. Diese Verdrängung der Berufsämter wird von Jahr zu Jahr sich mehr bemerkbar machen und bei den Stadtverordneten- sowie Gemeinderatswahlen eine große Rolle spielen.

Dies wären die hauptsächlichsten Punkte zur Erklärung des Umfanges, daß wir in den Landgemeinden siegen und in den Städten unterlegen, obgleich zugegeben werden muß, daß wir bei der Stadtverordnetenwahl eine ganz bedeutende procentuale Stimmzunahme zu verzeichnen haben. Allerdings würde sich das Bild ändern, wenn die kleinen Landgemeinden wie Trotha, Ammendorf, Cröllwitz, Kietleben, sowie die größere Ortsgemeinde Giebichenstein einberücksichtigt würden. Damit würde sich unsere jetzt leider bloß zwei Mann starke sozialdemokratische Stadtverordneten- Fraktion ganz beträchtlich vermehren.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung, Dienstag, 22. März.

Es wurden zunächst eine Anzahl Rechnungsachen u. a. auch eine Reihe von Rechnungsübersichten über die Verwaltung der Schugabgabe, erledigt.

Die Beschlüsse des konservativen Abg. Schall über die Aufnahme der Braunkohleneinuhr nach den Kolonien erlante der Unterhaushaltsschreiber Frdr. v. Richthofen nur zum Teil als berechtigt an und erklärte zugleich, daß die deutsche Regierung die Einlösung deselben zu einer neuen Konferenz in dieser Angelegenheit angenommen habe.

Dem Bundesratsbeschlusse betr. Aufnahme der Angestelltemittel unter die der Genehmigung bedürftigen gewerblichen Anlagen wurde in dritter Lesung beibehalten zugestimmt.

Die Resolution des Abgeordneten Dr. Fritzer eingeleitet und befristete Resolution, betr. Wiederherstellung der Heimkennung, wonach nur gereinigter süßester Braunkohle zu Verflammen verkauft werden darf.

In der fortgesetzten zweiten Beratung der Vorlage über die Entschädigung der im Wiedererkaufnahme beschaffen freigelegten Personen wurde in namentlicher Abstimmung der Paragraf mit 171 gegen 96 Stimmen angenommen. Auch der Rest der Vorlage wurde in der Kommissionsfassung erledigt.

Zugelassen wurde ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag, der die Entschädigung auch für unrichtig erlittene Unterthänerschaft festlegen sollte. Mit dem Prinzip des Antrages erklärte man sich im Hause einverstanden, wollte aber durch die Aufnahme des Antrages in das Gesetz nicht den ersten Schritt auf dem Gebiete der Entschädigung thun. Der konservativ Abgeordnete v. Schacke ging sogar so weit, die Entschädigung für unrichtig erlittene Unterthänerschaft für besonders dringend zu erklären, indem er auf die zahlreichen Mißgriffe der Polizei hinwies, die mehrfach unbescholtene Frauen zu Unrecht verurteilt habe. Eine entsprechende Resolution der Kommission wurde einstimmig angenommen. Am Mittwoch folgt die zweite Lesung des Stollengesetzes auf der Tagesordnung.

Die Reichstagskommission für die Postgesetznovelle legte am Dienstag die Beschleunigen über die Erweiterungen des Postregals fort. Aus der Mitte der Kommission wurde Entschädigung befristet. Staatssekretär v. Pöbbecke sagte bestimmte Vorschläge für die zweite Lesung zu. Nebenfalls sei darauf Bedacht zu nehmen, daß in Zukunft die Gründung von Privatposten besonderer Genehmigung bedürfe, um bei eventueller Ausdehnung des Postregals nicht immer neuen Entschädigungsanträgen gegenüber zu stehen.

Die Sozialdemokraten überreichten folgende formulierte Forderungen: 1. Herabsetzung der Ortsbrieflage auf 5 Pfg. und bei Waisenposten auf 3 Pfg.; 2. Ausdehnung der Ortsbrieflage auf Nachbarorte; 3. Herabsetzung der Tage für Postkarten, Druckachen und Warenposten innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbrieflage; 4. Herabsetzung der Ge-

büße für Verletzungen per Anweisung bis zu 10 Mk. auf 10 Pf.; 5. Beilegung beim Ermäßigung der Befehlsgelber auf dem platten Lande; 6. Aufsichtsbüße der Privatposten u.; 7. Reform des Postzinsstufens.

Staatssekretär von Bobbelski erklärte, diese Anträge dem Bundesrat unterbreiten und über die Ergebnisse der Verhandlungen später Mitteilung machen zu wollen. — Die Kommission beschloß, die Beratungen bis auf weiteres zu vertagen.

Sozialdemokratische Anträge zum Flotten-Gesetz.

Zu der Gesetzesvorlage betr. die deutsche Flotte, wie sie aus den Beratungen der Budgetkommission hervorgegangen ist, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:
Anstatt des § 8 der Kommissionsvorlage folgendem Paragraphen seine Zustimmung zu geben:

§ 8.
Soweit die Summen der fortzubehaltenen und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr den Betrag von 117.825.494 Mk. übersteigt, ist der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 Mk. besitzen.

Die Normierung der Steuerhöhe und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

Übersteigen die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben, so ist der Ueberschuß zurück zu halten und bezüglich zu verwenden, daß ein Viertel dieses Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung beim Aufhebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker, verwendet wird. Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Abhebung vom Anleihefuß. Soweit bestimmte Anleiheverbindlichkeiten nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Bestimmung getroffen. Die Herabsetzung beim Aufhebung indirekter Reichssteuern erfolgt durch besonderes Gesetz.

Durch diese Anträge soll sichergestellt werden, daß die über die Höhe der bisher höchsten Jahresausgabe neu erscheidenden Kosten für die Marine nicht wiederum den arbeitenden Klassen aufgelegt werden. Es soll sich ermöglicht werden, ob die Parteien und die Klassen, welche sich Monate hindurch im tollsten Frottenenthusiasmus berufen, welche eine Abkürzung des Gesetzes für eine Vernachlässigung der wichtigsten vorerlässlichen Interessen ausgaben, ob sie wirklich lieber das Gesetz fallen lassen werden oder daß sie selbst, die Besitzenden und Reichen, die Kosten beselbst tragen wollen. Die Vertreter der Konservativen in der Budgetkommission haben bekanntlich berartige patriotische Absichten bereits offen kund gegeben.

Der Unterchied der sozialdemokratischen Anträge gegenüber dem Antrage Bennigens-Lieber zur Deckungsfrage, den die Budget-Kommission angenommen hat, liegt klar zu Tage. Der nationalliberale Zentrumsantrag bezieht sich nur auf den Fall, daß die dem Reiche zufließenden Einnahmen die zu erwartende Erhöhung des Etats über 117 1/2 Millionen nicht zu decken vermögen. Der sozialdemokratische Antrag trifft dagegen jede Erhöhung des Marine-Etats über jene Summe hinaus und will den Ueberschuß von den dem Reiche zufließenden Einnahmen zur Verminderung der Reichsschuld und zur Herabsetzung oder Beilegung besonders drückender indirekter Steuern wie die Salzsteuer benutzt wissen.

Dazu kommt, daß nach dem Antrage Bennigens-Lieber, selbst wenn die Reichs-Einnahmen nicht mehr zureichten sollten, auch dann nicht die Mehrkosten durch die wohlhabenden Kreise aufgebracht werden sollen, sondern lediglich „den Klassenverbraucher belastende indirekte Reichssteuern“ ausgeschlossen werden sollen. Die Verantwortlichkeit dieser Bestimmung haben wir schon früher ausführlich dargelegt.

Wie Menschenleben vernichtet werden.

Eine wahre Beichte aus Leipzig von Karl Wisenbach.

2) Paul findet bald eine Schlafstelle, denn es giebt deren viel Tausende in Leipzig, von denen immer eine stümische Anzahl leer liegt. ... (Text continues with a narrative about a man named Paul and his struggles in Leipzig.)

Paul hat eben erst entlassene Bettwärter, bistig nicht, als was er auf dem Wege trägt. Das soll seinem Brote schon auf, denn von Leuten die nicht sterben, nicht wärdig haben, hält er nicht viel. ... (Text continues with Paul's thoughts and actions.)

Was nun aber weiter anfangen? Es ist November; gegen die rauhe Winterzeit bietet ihm kein Köchlein seinen Schutz; im feinen, er will versuchen, ein Unterkommen als Schreiber zu finden, aber wie er da ist, kann er sich nicht bewerben. ... (Text continues with Paul's search for work.)

Der Antrag Bennigens-Lieber bildet daher lediglich einen Versuch, die Bevölkerung über die Thatsache hinwegzuführen, daß alle Kosten des neuen Flottengesetzes, wie schon alle bisherigen Militär- und Marineausgaben, von arbeitenden Klasse getragen werden sollen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden dieses schmachliche Wert der volkshenlichen Parteien, von den Konservativen bis zum Zentrum und den Herren der Freisinnigen Veranstaltung, ins hellste Licht stellen.

Tagesschau.

Erste Rate für Kiao-Tschau! Es wird mitgeteilt, daß der Nachttragetat für Kiao-Tschau jetzt dem Bundesrat zugegangen ist und sich auf

8 Millionen

belaufe. Das ist also das erste, was das Volk von dieser Kolonialpolitik hat; daß es zahlen muß. Selbstverständlich wird es bei diesem Betrag nicht bleiben. Einige Erwerbsgruppen giebt es aber allerdings, die schon jetzt Profit haben von dem Kiao-Tschau, nämlich die reichen Aktionäre des subventionierten Norddeutschen Lloyd und — die Börse!

Das preussische Abgeordnetenhaus machte am Dienstag die Entscheidung, daß es mit der Eisberatung bis Ostern nicht fertig wird. An dieses Mißgeschick ist es eingemessen gewöhnt. Die parlamentarische Fiktion will, daß der Etat vor Beginn eines neuen Rechnungsjahrs abgeschlossen ist. Wird der Etat nicht rechtzeitig fertig gestellt, so erfolgen die Ausgaben ohne verfassungsmäßige Grundlage. Das Abgeordnetenhaus hat in dieser Session durch die unangenehme Neben von der Welt die Zeit geradezu unverantwortlich verzerrt, und auch die Verhandlungen, die jetzt häufig eingeleitet werden, vermögen an dieser Sachlage nichts zu ändern, denn auch sie scheitern nur dazu zu, den unbelangtesten Reuten Gelegenheit zu endlosen Schmägereien zu geben. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat Herr Ehlers von der Freisinnigen Ver. in Leipzig auf den genialen Gedanken, so beantragen, daß alle Neben zum Etat erst nach Ostern gehalten werden sollten, damit der Etat selber bis Ostern fertig gestellt werden könne. Nach Ostern soll nämlich die formale dritte Lesung stattfinden, und in diese sollen alle Neben eingepfropft werden, während sich nach dem bisherigen parlamentarischen Gebrauch die dritte Lesung in der Regel aus einfachen Abstimmungen zusammensetzt. Der Gedanke des Herrn Ehlers fand aber nicht die nötige Majorität, und so wird denn im alten Stil weiter getrieben. Am Dienstag ging die Debatte über den Eisenbahnerfort und die berücksichtigten Vorklagen: Einlegung neuer Jugerverbindungen, Anhalten von Zügen an kleinen Stationen bildeten den bemerkenswerten Inhalt.

Es giebt viele Mißstände in der Eisenbahnverwaltung, sagte Herr v. Ziehl im Abgeordnetenhaus bei Beratung des Eisenbahnerfort. Wie diese Behauptung aussieht, dafür gibt folgende Verhandlung ein Beispiel:

In Straßburg fand der Stationsassistent August Kar vor der Strafkammer, angeklagt der fahrlässigen Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes. Von einem am Abend des 3. Dezember v. J. aus Wülzburg auf dem Zentralbahnhof in Straßburg zum Weitertransport entlassenen Zug war der Fahrgast die fünf letzten Wagen, wodurch ein nicht sehr erheblicher Materialschaden verursacht wurde. Die Schuld an dem Unfall wurde dem Stationsassistenten Kar beigegeben, der in der freilichen Zeit auf der Wülzburg-Brennstoffe Dienst that und eine von dem Zug am Weitertransport entlassenen Zug war der Fahrgast die fünf Schlusswagen darüber hinweg grollt waren. Das Gericht gelangte jedoch, nach dem Vorwurfs, zu einem freisprechenden Erkenntnis, nachdem sich in der Verhandlung ergeben hatte, daß Kar zur Zeit des Unfalls nicht nur über seine Kräfte hinaus mit Dienstverrichtungen beauftragt war, sondern auch von einem unrichtigen Signal entlassen wurde, so genau überblicken konnte, daß ein Arcum ausgeschlossen war. Freizeigebiet hatte er eine Signalleuchte für die Schlusslaternen des Zuges angeleuchtet und die Umstellung der Leuchte vornehmen zu können gelangt. Die Eisenbahnverwaltung hat nach dem Unfall eine Herabsetzung in der Dienstentlohnung am fraglichen Posten einleiten lassen.

Man sieht wieder einmal, daß die Presse durchaus nicht

nützig hat, Eisenbahngesellschaften „aufzuhäuschen“. Die Thatsachen sind Angelegenheit genug.

Zur Reform des Kommunalwahlrechts. Der Zentrumsantrag, welcher ebenfalls eine Abgrenzung der Wahlbezirke nach Prozenten der Wähler (10 Prozent erste, 20 Prozent zweite Wählerabteilung) bezweckt, hat in der Kommission des Abgeordnetenhaus seine Erzielung durch einstimmige Annahme eines Antrages des Abgeordneten Gerold gefunden. Der angenommene Antrag erstucht die Regierung, baldmöglichst, spätestens aber in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf, betr. Regelung des Gemeindewahlrechts vorzutragen und den Antrag durch die Regierung als Material zu überweisen.

Gegen die Flottenvorlage werden die Mitglieder des bairischen Zentrums stimmen. So erklärte wenigstens in einer Versammlung zu Regensburg der bairische Landtagsabgeordnete Kohl.

Unsere Kolonien. Nach dem Hamb. Korr. wird aus Dar-es-Salaam gemeldet, daß die Nachricht, die Bahge seien im Aufstande und hätten eine deutsche Expedition teilweise niedergemacht, sich leider bestätigt. Nach den an der Bahge eingegangenen Meldungen wurde im vergangenen Monat die Expedition eines deutschen Forstbeamten von den Bahge plüßig überfallen. Dem auf der Reise nach Dschaggala befindlichen Gouverneur Liebert wurden Hilfsmittel nachgeschickt und vom Kommando der Schutztruppe sofort eine Expeditionskompanie ausgesandt. Gouverneur Liebert wurde sofort, so hieß es, inhaftet und sich selbst nach Ulehe begeben.

Schuld vor Schulden. Einem schweren Uebergriff machte sich vor einiger Zeit der Schuhmann Karl Buchmann in Darmen schuldig. Er traf nachts den Antreiber Wilhelm Deichmann schlafend auf einer Treppe, riß ihn ohne weiteres einige Stufen herunter, warf ihn auf das Straßenpflaster, nahm ihm seinen Stock weg und prügelte ihn durch. Dann nahm er ihn noch als Hülfsleiter mit zur Wache. Buchmann wurde von der Strafkammer in Elberfeld zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Zur Wahlbewegung.

Der Wahlkreis Fürth-Erlangen wird der bestunterrichtete Kreis in ganz Bayern werden. Der „Freisinn“ ist durch die Aufstellung einer nationalliberalen bauerndemokratischen Kandidatur schwer in die Irre geführt worden, so daß er kaum mehr aus sich selbst bringen wird, wie er sich nach der letzten Wahlbewegung in der vergangenen Wahlperiode zu verhalten. Aber auch unsere Partei ist nicht müßig und agitiert namentlich auf dem Lande sehr fleißig. Die Stimmung ist für uns die denkbar günstigste, nicht nur bei den Arbeitern sondern auch bei Handwerkern und Bauern. So daß wir hoffen dürfen, unsere Kandidaten, den besonnenen Weg, schon im ersten Wahlgange gewandt zu haben.

Ein Aufruf an die Frauen bedürftigen die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen zu veröffentlichen. Es soll darin an die Frauen aller Berufsstände die Aufforderung gerichtet werden, angesichts der Uebelstände ihrer direkten Wahlbewegung, mittelbare Einfluß zu gewinnen einer Erweiterung der Frauenrechte bei den Wahlen geltend zu machen. Die Reichstagsabgeordneten sollen bezüglich ihrer Stellungnahme zur Vertretung der speziellen weiblichen Interessen in öffentlichen Volksversammlungen inwieweit und von wem ihnen die Unterstützung solcher Vorschläge verweigert werden: 1. Einführung der weiblichen Wahlrecht; 2. Freigabe der Hochschule und der Log. geleiteten Beruf für das weibliche Geschlecht; 3. größere Berücksichtigung der Rechte der Frau als Mutter und Mutter in bürgerlichen Gesellschaft; 4. erhöhte Schutz der arbeitenden Frauen und 5. Bekämpfung der Unfruchtbarkeit.

Parteinarrheiten.

Der Dank des Genossen Liebtnecht, den wir gestern nur kurz erwähnten, hat folgenden Wortlaut:

Nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis find mich — beruhigend, geradezu überwältigend persönliche Begrüßungen hier nicht zu geben — von Freunden und Genossen, sowie von Vereinen, Volksversammlungen u. s. w. aus allen Teilen Deutschlands und auch aus anderen Ländern so zahlreiche Zuschriften und Telegramme der Sympathie ausgegangen, daß es

richtete sich damit auf das fraglichste ein, denn er wollte sich noch zu Bekanntschaft warme Sachen und Wäpfe anschaffen. ... Ach, er hatte vergessen, daß er unter vollständiger Aufsicht steht. ... (Text continues with a narrative about a man named Paul and his struggles in Leipzig.)

Schon in der nächsten Nacht drangen Polizeibeamte in sein friedliches Obdach und hielten eine Hausdurchsuchung ab. Natürlich fand man nichts. Man fragte ihn aber, wo er am vorhergehenden Tage gewesen sei, wozon er sich ernüchtert und verzweifelt äußerte: ... (Text continues with Paul's narrative.)

Obgleich befristet über dies unverdächtige nächste Einsichtreiten gegen ihn, antwortete Paul mit Zurecht und im Bewußtsein seiner Unschuld. Er sagte, daß er im Richterlichen Bureau als Schreiber beschäftigt ist und hat den Tag über dort aufgeschalten. Das glaubte man ihm aber auf sein bloßes Wort nicht; man ging zu Pauls Prinzipal, um sich nach der Wahrheit seiner Angaben zu erkundigen.

Die Folge davon war, daß er die Schlafstelle sogleich verlassen mußte, und als er zu seinem Prinzipal hinaus, überreichte man ihm ein Billet, worin er ersucht wurde, sofort die Geschäftsakten zu verlassen.

Aber was ist denn vorgefallen? fragte er, blieb vor Gericht, den Schuldner, der ihm das Billet überreicht hatte.

Wichtiges lagte dabei: Heute vormittag war der Bachmeister sein Prinzipal, er zeigte ein Schicksal! Sie haben schon im Gerichtssaal gesehen. Die Stelle erhält ein Verdammter von Bachmeister!

So war denn Paul wieder ohne Obdach und ohne Brot. Er hat jetzt keine Thronen mehr; seine Tage nehmen eine schreckliche Negation an. Wir hören nicht den Schauer, den er durch sich hindurchnimmt, indem er die zusammengekauften Stücke wieder überstreckt; Der ganze Menschheit schwebt er Made in jugendlicher Aufgerichtigkeit, — vier Wochen sind seitdem vergangen — und er steht nun wegen Straßenausbes von Gericht.

Wie tief Augenblicke ist er ausgesprochen aus den Reihen der Verdammten. Erst als Greis kann er die Freiheit wieder erlangen.

Er wäre vielleicht unter anderen Umständen ein gutes Bürger, ein braver Gatte und Vater geworden und hätte die Ehre der Jugend als Mann ausgeübt; — aber er ist als ein Opfer unrunder georgischen gesellschaftlichen Zustände, wo ein Volkswirtschaftlicher Wert hat, als hundert Broterwerbende. Und diese ist dabei die Basis jeder Gesellschaftsordnung. Liebe und Barmherzigkeit predigt man von den Engeln. S. u. d.

